

Aber Rabbi Josua schimpfte sie aus und sprach: „Was geht euch Wände es denn an, wenn die Weisen sich über einen Punkt des Gesetzes streiten!“

Die Wände nun haben sich nicht völlig gestürzt — aus Respekt vor Rabbi Josua. Aber aus Respekt vor Rabbi Elieser haben sie sich auch nicht wieder völlig aufgerichtet. Sie blieben wankend stehen.

Rabbi Elieser, der Verzweiflung nahe, schrie jetzt auf: „Wenn die Entscheidung so ausfallen muß, wie ich es behaupte, dann soll Gott selbst es beweisen!“

Tatsächlich ließ sich eine himmlische Stimme vernehmen, die sprach: „Was wollt ihr denn von Rabbi Elieser! Die Entscheidung ist doch in allen Fällen so, wie er es behauptet!“

Da sprang Rabbi Josua auf und rief: „Sie ist nicht im Himmel!“

Was bedeutet dieses Zitat aus Deuteronomium 30, 12, „Sie ist nicht im Himmel“?

Rabbi Jirmijah erklärte: „Die Torah wurde ja schon auf dem Berge Sinai offenbart. Wir brauchen uns daher nicht weiter um himmlische Stimmen zu kümmern. Schließlich enthält ja die Torah vom Sinai das Prinzip, daß die Stimme der Mehrheit entscheidend ist.“

An diesem Tage traf Rabbi Nathan den Propheten Elia. Er fragte ihn: „Was hat Gott eigentlich in jener Stunde getan?“

Da antwortete der Prophet: „Gott hat gelächelt und gesagt: „Meine Kinder haben Mich besiegt! Meine Kinder haben Mich besiegt!“⁹

Wir werden es uns wohl in unserem anspruchsvolleren Zeitalter nicht leisten können, die theologische Uhr einfach rückwärts gehen zu lassen, wie uns ja auch das unkomplizierte Verhalten der alten Rabbinen Gott gegenüber größtenteils verloren gegangen ist. Wir können es uns nicht erlauben, abseits vom philosophischen Denken zu leben und ohne systematische Theologie mit der Religion fertig zu werden.

Das aber können und sollen wir in unsere moderne Theologie mit einbeziehen: daß sich der Theologe der Göttlichkeit Gottes und der Menschlichkeit des Menschen bewußt bleibt, und daß auch er die Entfernung zwischen dem was ist, und dem was sein soll, zwischen Verheißung und Verwirklichung im Auge behält — eben jene Entfernung, die der Humor sowohl kritisch, wie auch mit Sympathie beleuchtet.

⁹ B. Baba Mezi'a 59 b.

Joachim Dikow

Die Friedensschule auf dem Prüfstand

Erfahrungen mit einer katholischen Gesamtschule

Seit 1969 arbeitet die damals nach zwei-jährigen Vorbereitungen eröffnete Friedensschule, die integrierte und differenzierte Gesamtschule in Ganztagsform für Jungen und Mädchen in Münster (Westf.), als katholische Schule in der freien Trägerschaft des Bistums Münster. Der Zeitraum erscheint lang genug, um zu überprüfen, ob die Planungen realisiert, die Erwartungen erfüllt, aufgetretene Probleme einigermaßen gelöst wurden¹. Die Berichterstattung ist nicht zuletzt deshalb sinnvoll, weil es die erklärte Schulpolitik des Bistums Münster² ist, durch Teilnahme an den wichtigsten Schulversuchen mit eigenen Modellen ein auf selbst gemachte Erfahrungen gründendes Urteil abgeben zu können, mit dem einerseits in die öffentliche pädagogische Diskussion gestaltend eingegriffen werden kann, bei dem andererseits auch vom öffentlichen Schulwesen abweichende Vorstellungen zum Zuge kommen können. Ein vorläufiges Urteil über den Erfolg oder den Mißerfolg des Schulversuchs der Friedensschule soll versucht werden, indem die tatsächliche Entwicklung den diesem Versuch gesetzten Zielen und den Rahmenbedingungen, unter denen er ablief, gegenübergestellt wird. red

1. Zielvorgaben durch den Schulträger

Schulträger der Friedensschule ist das Bistum Münster. Es hat von dem in Artikel 7 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gewährleisteten Recht auf Errichtung privater Schulen Gebrauch gemacht und damit die im Grundgesetz genannten Freiheiten — die freie Lehrerwahl, die freie Schülerwahl und die freie Fest-

¹ Ein erster Bericht erschien in *Diakonia* 2 (1971) 43–47. Ein in die Einzelheiten gehender Rückblick liegt vor: A. Regembrecht—J. Dikow—A. Alder (Hrsg.), *10 Jahre Friedensschule. = Die Friedensschule, Entwürfe — Materialien — Berichte zu einem Gesamtschulversuch*, Band 4, Münster: 1979.

² Andere katholische Träger sind ebenfalls in diesem Sinne tätig. So das Bistum Aachen mit der Montessori-Gesamtschule in Krefeld.

legung von Lehrzielen und Einrichtungen — in Anspruch nehmen können. Es ist deshalb für eine Betrachtung der ersten Jahre Arbeit der Friedensschule wichtig, die Zielvorgaben des Schulträgers festzustellen³.

Dienst an den jungen Menschen

Alle unten aufgeführten Dokumente nennen als Ziel der katholischen Schule den Dienst an den jungen Menschen. Und alle entfalten diesen Gedanken in zwei Richtungen: Es geht zunächst darum, daß katholische Schulen gute Schulen sein sollen, daß in sachgerechter Weise Erziehung und Bildung den jungen Menschen in den Stand setzen sollen, in der Welt von heute zu wirken. Der Schüler, der eine katholische Schule verläßt, soll in Beruf und Politik, im engeren Familienkreis und im weiten gesellschaftlichen Aufgabenfeld den Anforderungen gewachsen sein. Zum anderen aber erfüllen katholische Schulen ihren Dienst an den jungen Menschen nur dann, wenn durch religiöse Erziehung und Bildung der Schüler auch erfahren kann, welchen Sinn sein Leben hat, welchen Auftrag er erfüllen soll, wie er vor Gott steht und von ihm gehalten ist. Dabei verstehen alle Dokumente diese religiöse Erziehung und Bildung nicht als Vermittlung von rezepthaften Anweisungen für alle Lebenslagen, sondern — um mit dem II. Vatikanum zu sprechen — als den Versuch, „den Geist der Freiheit und der Liebe des Evangeliums lebendig werden“ zu lassen.

³ Zu nennen sind hier als wichtigstes Dokument der Weltkirche die „Erklärung über die christliche Erziehung“ des Zweiten Vatikanischen Konzils von 1965 und als Belege für die Haltung der katholischen Kirche in Deutschland die Schrift „Die katholische freie Schule“ des Arbeitskreises für katholische freie (private) Schulen von 1970 sowie die Verlautbarung „Zur Lage der Katholischen Freien Schule“ der Katholischen Bundeskonferenz für Schule und Erziehung von 1971. Der in der Gründungsphase der Friedensschule tätige Schuldirektor des Bistums Münster, Dr. Josef Homeyer, hat sich u. a. schon 1968 über „Aktuelle Perspektiven kirchlicher Aufgaben in der Schule“ geäußert (in: W. Molinski [Hrsg.], *Katholische Schule von morgen*, Recklinghausen 1969, 56–83, insbes. 78–81) und die vom Bischof von Münster in den Wissenschaftlichen Beirat der Friedensschule berufenen Mitglieder haben in einem eigenen Kapitel „Die Friedensschule als von katholischen Christen gestaltete Schule“ die Zielvorgaben des Schulträgers dargestellt (A. Regenbrecht — J. Dikow [Hrsg.], *Friedensschule, Programm einer Gesamtschule*, München 1970, 33–37).

Dieser generelle Auftrag der katholischen Schule wird von Homeyer ergänzt durch den Hinweis, daß es auch darauf ankomme, Bildungsangebote an unterprivilegierte Schichten zu machen. Dies liegt auf der Linie kirchlicher Schulpolitik, die sich in den letzten beiden Jahrhunderten zum Beispiel besonders um die Beschulung von Mädchen, von Kindern des flachen Landes, von Kindern aus kinderreichen Familien, von Geistigbehinderten oder von Kindern aus schwierigem Milieu gekümmert hat. Die Friedensschule trat in diese Tradition ein, indem sie z. B. bei der Aufnahme Schülern „aus kinderreichen Familien oder Angehörigen von Minderheiten“ eine besondere Chance gab. Der Friedensschule war aufgetragen, „sozial- und entwicklungsbedingte Benachteiligungen und Hemmungen zu berücksichtigen und auszugleichen und vorhandene Begabungen zu entfalten“⁴.

Gesellschaftspolitischer Auftrag

Zu den Zielvorgaben für die katholische Schule gehört ebenfalls ein gesellschaftspolitischer Auftrag. Das II. Vatikanum deutet ihn nur kurz an, wenn es mit einer seiner bevorzugten Redeweisen vom „Dialog zwischen Kirche und menschlicher Gemeinschaft“ spricht. Die übrigen Dokumente präzisieren diesen Auftrag als einen solchen zur Teilnahme am Ringen um die Bildungsreform; Homeyer erwähnt 1968 ausdrücklich in dem Zusammenhang Gesamtschule und Ganztagschule. Dies ist schon im Hinblick auf die zu dieser Zeit in Planung befindliche Friedensschule gesagt. Teilnahme an der Bildungsreform durch die Friedensschule bedeutete für den Schulträger zu zeigen, daß kirchliche Schulpolitik weder vom hergebrachten Vorwurf eines unreflektierten Konservativismus getroffen wird, noch daß sie einem unreflektierten Progressivismus zum Opfer fallen muß. Weder war es bis dahin richtig gewesen, daß die Kirche nur altsprachliche Jungengymnasien unterhielt, daß sie ihre Schüler in ein Kulturgetto bannte, daß sie sich auf die Beschulung wohlhabender Kreise konzentrierte, noch betrieb die Kir-

⁴ *Friedensschule — Programm einer Gesamtschule*, 14.

che jetzt im Zuge der Bildungsreform eine Schule, die auf bewährte oder doch durch nichts Besseres ersetzte pädagogische Grundsätze einfach verzichtete: Auch an der Friedensschule sollte in überschaubaren Verhältnissen erzogen werden können; auch an der Friedensschule sollte die Freude an der schulischen Leistung und das Verständnis für ihren guten Sinn gefördert werden; auch an der Friedensschule sollten die Schüler eine Chance haben, am Reichtum von Geschichte und Literatur, alter Sprache und Philosophie, Musik und bildender Kunst teilzunehmen.

Dabei wurde die Friedensschule vom Schulträger nicht als ein einmaliger Fall von Reformfreudigkeit gesehen, sondern als ein Mittel, Probleme des gesamten katholischen Schulwesens in freier Trägerschaft im Bistum Münster und darüber hinaus lösen zu helfen. Dies galt zum Beispiel für Probleme des Schulbaus, der Schulseelsorge, der Schulmitwirkung und der Formulierung des Auftrags katholischer Schulen.

Stellungnahmen der letzten zehn Jahre

Auch in dem nun abgelaufenen Jahrzehnt, in dem die Friedensschule ihre ersten Schülerjahrgänge zu den verschiedenen Abschlüssen brachte, hat sich die katholische Kirche zu den Zielvorgaben ihrer Schulen geäußert⁵.

In diesen Dokumenten werden die bisher-

⁵ Dies geschah mit einem höheren Verbindlichkeitsgrad und differenzierter als in der von uns zunächst behandelten Dokumentengruppe. Hier sind zu nennen: Die „Erklärung der Kongregation für das katholische Bildungswesen zur katholischen Schule“ in Rom vom 19. März 1977 (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz [Hrsg.], Verlautbarungen des Apostolischen Stuhles Heft 4, Bonn 1977), der Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland „Schwerpunkte kirchlicher Verantwortung im Bildungsbereich“ vom 18. November 1975 (Offizielle Gesamtausgabe Bd. I, Freiburg — Basel — Wien 1976, 511—548), die „Grundordnung für die Schulen des Bistums Münster, der Kirchengemeinden im Bistum Münster und der Stiftungen, die der Aufsicht des Bischofs von Münster unterstehen“ vom 2. Juni 1975 in einer novellierten Fassung vom 14. September 1977 (Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Münster Nr. 14, 1975, Art. 148 und Nr. 21, 1977, Art. 233) und der Schulvertrag, der seit 1975 zwischen den Erziehungsberechtigten eines jeden Schülers der Friedensschule und dem Bistum Münster geschlossen wird (J. Dikow, Katholische Schule in freier Trägerschaft. Zur theoretischen Grundlegung und praktischen Gestaltung des Schulwesens in freier katholischer Trägerschaft im Bistum Münster, Münster 1975, 60—64).

gen Zielvorgaben bekräftigt und entfaltet; es kommen aber Hinweise hinzu, die angeben, was von den Schulen erwartet wird, damit sie auf dieses Ziel auch zuarbeiten. Die Kongregation für das katholische Bildungswesen faßt das in die Formeln: Synthese zwischen Glauben und Kultur, Synthese zwischen Glauben und Leben, Religionsunterricht und katholische Schule als Treffpunkt der christlichen Erziehungsgemeinschaft. Die gemeinsame Synode fordert: Beachtung der pädagogischen Eigengesetzlichkeit der Schule, wissenschaftliche Überprüfung des eigenen Tuns, soziale Offenheit und Berücksichtigung der schwächeren und benachteiligten Glieder der Gesellschaft, Mitwirkung und Mitbestimmung aller am Bildungsprozeß Beteiligten. Die Synode nennt zudem als Elemente katholischer Schulen: Erziehung aus einem umfassenden Verständnis von Welt und Mensch heraus, Hilfe zum Leben aus dem Glauben, Verpflichtung, für andere dazusein. Da der Synodenbeschluß wörtlich in die Grundordnung für die bischöflichen Schulen und in den Schulvertrag der Friedensschule eingegangen ist, kann davon ausgegangen werden, daß es gut belegbare, verbindliche, konsistente und die Praxis betreffende Zielvorgaben des Schulträgers gibt, jedoch keine „kirchliche Festlegung“ von Einzelheiten der Gesamtschulpädagogik, die vielmehr dem Sachverstand der im Ziel einigen Beteiligten überlassen wird.

Schulseelsorge als Beispiel für die Bewährung

Will man nun konkret zeigen, inwiefern sich die Friedensschule im hier beschriebenen Sinn als katholische Schule bewährt hat, so ist der Hinweis auf die Schulseelsorge ein wichtiger Teil der Antwort. Dabei erweist sich das Wort „Schulseelsorge“ als eine zwar bisher unentbehrliche, aber die Sache, um die es geht, leider auch verkürzende Bezeichnung für vielfältige Aktivitäten.

Sie dienen dem Gottesdienst, der Verkündigung der frohmachenden Botschaft Gottes, dem Dienst der Christen an ihren Nächsten und an den der Hilfe besonders

bedürftigen Menschen in aller Welt; diese Aktivitäten sollen allen in der Schule zeigen — und alle sollen dies zeigen: ich bin für dich da! So wenig man jemals zufrieden sein wird mit dem, was man bei der Verfolgung eines solchen Zieles erreicht hat — so sehr hat man immer Grund, als Christ aus der Hoffnung zu leben. Was dabei an der Friedensschule geschieht, kann im Grunde nur angedeutet werden, weil das Beste nicht machbar ist und im Verborgenen geschehen kann. Aus ihren Erfahrungen aber will die Schule gern mitteilen: Dabei werden zwar Dienst der Menschen füreinander, Verkündigung und Gottesdienst in verschiedenen schulseelsorgerischen Aktivitäten an der Friedensschule unterschiedlich akzentuiert, aber es ist nicht möglich, bestimmte Aktivitäten nur jeweils einer der genannten Aufgaben zuzuordnen. Stets macht sich ein Ineinander der Zielsetzungen bemerkbar.

Tägliche Eucharistiefeier in verschiedenen Gruppen

In dichtester Weise lebt die Schulgemeinde in der *Eucharistiefeier*, die Tag für Tag im Gottesdienstraum der Friedensschule in je verschiedenen Gruppen gefeiert wird. An einigen Tagen des Schuljahrs wird die ganze Schulgemeinde auch in der in 20 Minuten Fußweg erreichbaren St.-Anna-Pfarrkirche in Münster-Mecklenbeck versammelt. Die Art des Umgangs miteinander bei der täglichen Eucharistiefeier in den wechselnden Gruppen und die Intensität eines zuweilen geistlichen Gespräches zeigen häufig auch sichtbar das nur im Geheimnis Erfahrbare an. Jüngere Schüler äußern oft sehr spontan, daß ihr Zugang zur hl. Messe durch die Art der Eucharistiefeier an der Friedensschule erleichtert wird.

Viele hier gefeierte Gottesdienste erwachsen aus der Vorbereitung in der jeweiligen Gruppe. Die Schüler versuchen, ihre Lebensprobleme und -erfahrungen vom Glauben her zu erkennen und in der Gottesdienstfeier ein Stück weit zu bewältigen. Die Gespräche, die sich bei der Gottesdienstvorbereitung ergeben, sind oft fruchtbarer Ort von Neuentdeckungen,

nicht nur der liturgischen Gestaltungsmöglichkeit, sondern auch eigenen Glaubens- und Lebensvollzuges. Die Friedensschüler sind in diesen Gesprächen von unermüdlicher Einfallsfülle. In Gottesdienstwerktagen, die von der Diözese angeboten werden, wird die eigene Fähigkeit zur Gestaltung bei einer Reihe von Schülern Jahr für Jahr profiliert.

Tage religiöser Orientierung

Ein besonderes und umfangreiches Angebot der Schulseelsorge für sechs Kerngruppen jedes 10. (z. T. auch des 9.) Jahrganges und vier Gruppen jedes 13. Jahrganges bedeuten die Tage religiöser Orientierung, die jedes Jahr im Frühjahr und im Herbst stattfinden. An drei bzw. vier Tagen haben die Schüler in Jugendbildungsstätten der Diözese unter Leitung der eigenen Schulseelsorger oder fremder Geistlicher oder von Kollegen aus dem Kreis der Religionslehrer Gelegenheit, sich tiefer in persönliche Gespräche einzulassen, sich in Meditation einzüben, ihren eigenen Standort in religiöser Hinsicht zu klären, ihre Klassengemeinschaft neu zu erfahren. Solche Einkehrtage bedeuten für die Schüler eine große Chance, können natürlich sehr unterschiedlich gut gelingen. Zwei Beispiele für Eindrücke der Schüler seien angeführt: Ein Schüler des 13. Jahrganges schreibt in einer Metaphermeditation: „Gott ist für mich wie Erholung in Gerleve“⁶. Und ein Schüler aus dem 10. Jahrgang: „Heimgekehrt von einer kurzen Reise, entdecke ich die Veränderung! ... Wie aufmerksam man doch ist, stelle ich fest. Ich werde erleben, daß auch bei mir Eis getaut ist ... Ich werde fühlen, daß ich nicht derselbe bin, daß sich etwas umgeformt hat in mir. Man sollte öfters heimkehren, denke ich: Heimkehren zu sich, Einkehren in sich.“

Außerschulische Angebote

Es muß das weitere Bestreben der Schulseelsorge sein, die *außerschulischen Angebote* zu vermehren. Eine *Fahrt* mit 30 Schülern und vier Kollegen *zum Freiburger Ka-*

⁶ Gerleve ist ein Benediktinerkloster bei Coesfeld, in dessen Jugendbildungsstätte häufig die Tage religiöser Orientierung stattfinden.

tholikentag zeigte beispielsweise sehr deutlich, daß der belebende dort vorhandene Rahmen von den Schülern sehr positiv genutzt wurde. „Freiburg war ein Fest.“ Aus der Begegnung mit dem Prior von Taizé Frère Roger Schutz wurde die Idee geboren, in den Großen Ferien eine Woche lang am Leben der Brüdergemeinde in Burgund teilzunehmen.

Ein ständiges Angebot der Schulseelsorge besteht darin, daß beide Pfarrer in ihren Zimmern zu *persönlichen Gesprächen für Schüler (und Lehrer)* zur Verfügung stehen. Oft wird eine solche Chance genutzt, entweder im Plauschton bei einer Tasse Tee oder auch in tiefem persönlichen Gespräch. Die Schulseelsorge ist nicht nur für die Schüler, sondern auch für die Lehrer und Eltern da. Seit zwei Jahren gibt es Tage *religiöser Orientierung auch für das Lehrerkollegium* an einem Wochenende im September in Gerleve. Gut angelaufen sind die vierwöchentlich in der Clemenskirche stattfindenden *Familienmessen für das Kollegium*. Die sog. *Klubabende*, an denen sich die Lehrer einer Schule in kirchlicher Trägerschaft miteinander über ihren Erziehungsauftrag und die damit verbundenen geistigen Ziele verständigen, sind immer wieder angeboten und auch genutzt worden; verständlicherweise können sie bei der Beanspruchung des Kollegiums durch den Ganztagsbetrieb nicht in allzu dichter Folge stattfinden und bedürfen der weiteren Sorge der Schulseelsorge in Verbindung mit dem Lehrerrat.

Ebenfalls noch nicht in genügender Weise wirksam geworden ist die *Einübung in gesellschafts- und kirchenbezogene Aktion*, die zu den Aufgaben der Schulseelsorge gehört. Hin und wieder wurden Anstöße zu einer Aktion Dritte Welt versucht. Inzwischen ist ein offizieller Kontakt der Friedensschule zum Bischof Raphael Cheenath in Rourkela in Nord-Ost-Indien aufgenommen worden. Der Reinerlös des nächsten Schulfestes wird Entwicklungsprojekten seiner Diözese zugute kommen.

Auf lange Sicht vielversprechend ist das Bemühen, parallel zu solchen Aktionen das Bewußtsein der Schüler für die Entwicklungsproblematik im Unterricht zu fördern.

Zur besseren Einführung in diese Problematik hat das ganze Kollegium an einer mehrtägigen Klausurtagung in einer Bildungsstätte teilgenommen.

Kontakte zu den Eltern

Es bleibt keine ausreichende Zeit, den Kontakt zu den Eltern in wünschenswerter Weise zu gestalten. Einmal im Jahr werden die Eltern des jeweils 7. Jahrganges zu einem *Gottesdienst und Gesprächsabend über religiöse Erziehung* in die Friedensschule eingeladen; Schulseelsorger sind schon oft zu Elternnachmittagen und -abenden hinzugebeten worden. Auf der *Friedenswallfahrt nach dem Marien-Wallfahrtsort in Telgte* in jedem Sommer ist für Schüler, Lehrer, Eltern eine Gelegenheit gegeben, sich ungezwungen kennenzulernen und ein Stück Schulgemeinde zu verwirklichen.

Pflege des ökumenischen Bewußtseins

Zur Schulseelsorge an der katholischen Schule in freier Trägerschaft gehört auch die *Pflege des ökumenischen Bewußtseins*. Die Gemeinsame Synode hat sich dazu folgendermaßen geäußert: „Da es für katholische Schulen selbstverständlich ist, für das ökumenische Anliegen offen zu sein, können sie auch der Ort sein, andere Überzeugungen besser zu verstehen und zum Zeugnis des eigenen Glaubens zu finden.“ Die Bestellung eines evangelischen Schulseelsorgers ist wohl das deutlichste Zeichen für eine aus dem ökumenischen Bewußtsein erwachsende Grundhaltung, die in vielen Gesprächen zwischen den Schulseelsorgern, den Religionslehrern beider Konfessionen, den evangelischen und katholischen Lehrern und Schülern, in ökumenischen Gottesdiensten — insbesondere in gemeinsamen Meditationen — und in sozialen Aktionen zum Ausdruck kommt.

2. Die „Rahmenrichtlinien“⁷ aus dem „Programm einer Gesamtschule“

Die zur Beurteilung von 10 Jahren Arbeit der Friedensschule wichtigsten Zielvorga-

⁷ Zu den Vorgaben der Friedensschule gehören die „Rahmenrichtlinien“ aus „Friedensschule,

ben finden sich in dem „Ziele der Friedensschule als Gesamtschule“ überschriebenen Teil. Es werden die folgenden fünf Ziele genannt:

„Die Friedensschule entwickelt neue didaktische und methodische Konzeptionen unter der besonderen Voraussetzung, daß in ihr die Lehrer der verschiedenen Laufbahnen zusammenarbeiten.“

„Die Friedensschule erspart es den Eltern, über die Schullaufbahn ihrer Kinder schon bei Beginn des 5. Schuljahres relativ endgültig zu entscheiden.“

„Die Friedensschule macht es durch das Angebot verschiedener Abschlüsse und durch das Hinausschieben der Entscheidungen über Schullaufbahnen möglich, daß diese ohne Wechsel der Schule revidiert werden können.“

„Da die Leistungsansprüche, die sich auf Abschlüsse der Hauptschule, der Realschule, der Fachoberschule und des Gymnasiums beziehen, in der Friedensschule fachspezifisch gestellt werden, vermag sich diese Schule in besonderem Maße dem Leistungsprofil eines Schülers anzupassen; sie kann ihn an seinen starken Stellen besonders fordern und fördern, und sie kann ihn an seinen schwachen Stellen besonders stützen.“

„Schließlich verfolgt die Einrichtung der Friedensschule als Gesamtschule das Ziel, die vom selben Schulträger unterhaltenen Schulen des gegliederten Schulwesens durch die Auseinandersetzung mit der Konzeption der Gesamtschule in der Weiterentwicklung der eigenen Konzeption zu fördern.“

Die am Ausgang der sechziger Jahre in der Gesamtschuldiskussion aufkommenden Begriffe „demokratische Leistungsschule“, „soziale Integration“, „Chancengleichheit“ u. ä. werden — jedenfalls an dieser zentralen Stelle der Rahmenrichtlinien — nicht übernommen. Vielmehr steht die Friedensschule in dieser Vorgabe unter dem Postulat, eine schülergerechte Schule durch be-
Programm einer Gesamtschule“ von 1969 (11—37). Sie waren von einem vom Bischof von Münster 1967 berufenen Wissenschaftlichen Beirat entwickelt worden, der sich aus Vertretern der zu integrierenden Schulformen, der am Ort ansässigen wissenschaftlichen pädagogischen Institutionen und der Bistumsverwaltung zusammensetzte.

stimmte Vorkehrungen für die Schullaufbahn des Schülers zu sein. Der Friedensschule wurde auch nicht auferlegt, als „Schule der Zukunft“ jedem Schüler auf Grund unerfindlicher Verfahren jeden gewünschten Abschluß zu verschaffen, vielmehr wurde von Anfang an abgehoben auf die „Leistungsanforderungen der Abschlüsse, die denen des gegliederten Schulwesens gleichwertig sein müssen“.

Zur Bewährung der Friedensschule gegenüber den genannten Zielen

Außerordentlich belastende Anstrengungen des Kollegiums im Bereich der Curriculumrevision haben eine Fülle von Einzelergebnissen gebracht — das sie alle einigende Band fehlt noch. Gerade in diesem Punkt muß man sagen, daß nach unserer Ansicht im Unterschied zu anderen Meinungen der Versuch noch im vollen Gange ist: Die wirklich geeignete gesamtschulspezifische Lehrerbildung, gesamtschulspezifische Richtlinien oder Anstaltslehrpläne und gesamtschulspezifische Lehrbücher sind bisher nur für Teilgebiete vorhanden. Insbesondere ist die Diskussion über die innere und äußere Differenzierung des Unterrichts unabgeschlossen, über Zeitpunkt, über Umfang, über Struktur dieser Differenzierung. Noch sind die Fachleute auf der Suche nach einem tragfähigen Kompromiß zwischen der genügend langen Vorbereitung auf ein bestimmtes Schulziel und der genügend langen Unentschiedenheit über den dazu einzuschlagenden Weg.

Das schließt nicht aus, daß die einzelnen Entscheidungen über die Schullaufbahn der Schüler zunächst hinausgeschoben und dann verantwortungsvoll getroffen wurden und viele Eltern gerade deshalb die Gesamtschule wählten, weil sie beim Übergang ins 5. Schuljahr nicht entscheiden mußten, zu welchem Schulziel das Kind geführt werden sollte.

Dennoch blieben Enttäuschungen nicht aus, wenn die Leistungen des Schülers nur zu einem geringeren als dem erhofften Schulziel führten. Diese Enttäuschungen lagen aber deutlicher auf der Seite der Eltern als der der Schüler. Die Anpassung an das Leistungsprofil des einzelnen Schülers ist

gewiß zu einem großen Teil gelungen. Die schulrechtlichen Einschränkungen der Kompensationsmöglichkeiten von starken Leistungen in einem und schwachen Leistungen im anderen Fach, haben aber nicht aus dem pädagogischen Begriff der Individualisierung zum individualistisch definierten Schulabschluß geführt. Berechtigungen bleiben weiterhin an bestimmte Standards gebunden.

Gar kein Zweifel kann daran bestehen, daß die Existenz der Friedensschule eine produktive Herausforderung für das vom Bistum unterhaltene gegliederte Schulwesen darstellte. Zahlreiche Wechsel von Lehrern zwischen den Schulen kamen vor. Die Auseinandersetzung mit theoretischen Konzepten der verschiedenen Schulsysteme führten zur Übernahme des Fremden wie zu Bestätigungen und Verbesserungen der eigenen Position.

3. Vorgaben durch den Schulstandort

Die Planer der Friedensschule haben die Frage nach dem rechten Standort des Gesamtschulversuchs im Bistum Münster eingehend diskutiert. Sie waren sich durchaus über Argumente im klaren, die für einen anderen Standort als Münster sprachen, und haben die Konsequenzen gesehen, die sie mit der getroffenen Wahl zu tragen hatten⁸. Durch die Wahl Münsters waren für die Friedensschule einige Vorgaben erbracht, die hier im Umriß darzustellen sind.

Münster ist eine Stadt von überwiegend mittelständischer Bevölkerung, von Angestellten oder Beamten. Die Gewinnung bildungsferner Schichten für weiterführende Schullaufbahnen — bisweilen als besondere Aufgaben von Gesamtschulen angesehen — konnte deshalb für die Friedensschule nur von nachgeordneter Bedeutung sein. Immerhin haben die Wahl des Bauplatzes und eine gezielte Aufnahmepolitik doch einen für Münster relativ großen Anteil von Schülern aus bildungsfernen Schichten erbracht. Auch bedeutet der Hinweis auf die mittelständische Struktur

Münsters keineswegs, daß unter der Schülerschaft nur im unwesentlichen Umfang Schüler zu finden seien, die nicht aus im traditionellen Sinne geordneten Familienverhältnissen stammen. Wenn zum Beispiel bei der Aufnahme von Schülern das Kriterium unvollständiger Familie privilegiert worden wäre, hätte sich die Schülerschaft zu weit über der Hälfte aus Scheidungswaisen zusammensetzen lassen. Ein solches Privileg wurde aber nicht geschaffen, weil die Friedensschule kein Getto für Scheidungswaisen werden sollte. Andere Zusammenhänge haben zu einer Belastung der Friedensschule geführt, die man zumindest teilweise auf die mittelständische Struktur des Einzugsbereiches zurückführen kann: Manche Eltern, die eine deutliche Vorstellung von den Bildungschancen ihrer Kinder innerhalb unseres Schulsystems haben, schickten Kinder mit guter oder doch erhoffter Begabung an Realschulen und Gymnasien; Kinder mit bereits erkannten Schwierigkeiten im Verhalten und in der Schulleistung wollten solche Eltern dagegen auf die Friedensschule schicken. Auch öffentliche Einrichtungen wie Erziehungsberatungsstellen, Jugendämter, Kliniken und Fachärzte arbeiteten nach dieser Tendenz. So sehr das darin zum Ausdruck kommende Vertrauen die Friedensschule ehren mußte, so hätte die Rücksichtnahme auf solche Tendenzen nicht nur die Überlastung der Schule mit schwierigen Kindern bedeutet, sondern auch beim einzelnen aufgenommenen Kind einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber nicht der Friedensschule zugeführten Geschwistern auslösen müssen.

Angebotsschule für einen weiten Einzugsbereich

Münster steht mit Bonn zusammen in Nordrhein-Westfalen an der Spitze aller Städte hinsichtlich des relativen Schulversuchs von Realschulen und Gymnasien. Zu diesen Schulformen sind im Jahrzehnt des Bestehens der Friedensschule bis zu 70% der Schüler des 4. Grundschuljahres übergegangen. Es bestehen — auch innerhalb eines 2-km-Radius um das Schulgrundstück der Friedensschule — in Münster

⁸ Vgl. J. Dikow, Planungsbericht, in: Friedensschule — Programm einer Gesamtschule, 145 f.

zahlreiche weiterführende Schulen. Dies bedeutet zunächst, daß die Friedensschule nicht zur Versorgungsschule, insbesondere nicht zur Versorgungshauptschule zwecks Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht einer auf der grünen Wiese erbauten Sattellitenstadt wurde, wie dies für zahlreiche andere Gesamtschulen typisch ist. Vielmehr war die Friedensschule von Anfang an Angebotsschule für einen weiten Einzugsbereich mit guter schulischer Infrastruktur, bei der niemand durch die Umstände praktisch gezwungen war, das Angebot anzunehmen. Die Schulstruktur Münsters bedeutete auch, daß die Friedensschule bei ihren Planungen davon ausgehen mußte, daß sich bei einer Schüleraufnahme proportional zur Verteilung der Begabungen in der Gesamtschülerschaft Münsters etwa je ein Drittel der Schüler auf den Hauptschulabschluß, auf die Fachoberschulreife und auf die Hochschulreife verteilen würde. Eine versuchsgerechte Verteilung der Begabungen unter der Schülerschaft wurde dadurch erreicht, daß die Bewerber um Schulplätze auf der Grundlage des Grundschulzeugnisses in drei Begabungskategorien eingeteilt wurden und dann aus jeder Kategorie ein Drittel der Schülerschaft durch Los und nach sozialen Kategorien ausgewählt wurde. Das erlaubte Differenzierungsplanungen unter der Annahme genügender Jahrgangsstärken für weiterführende Abschlüsse trotz einer nicht zu großen Gesamtzahl an Schülern. So hat die Friedensschule schon zu einer Zeit, als dies in der allgemeinen Gesamtschuldiskussion noch durchaus als offen angesehen wurde, von vornherein ein Angebot von Latein neben Französisch als 2. Fremdsprache ab Klasse 7 gemacht. Wenn im Laufe der Zeit der Anteil der Hauptschulabschlüsse auf unter ein Drittel sank, so hängt das mit Tendenzen zusammen, die das Schulwesen im letzten Jahrzehnt insgesamt kennzeichneten. Die Schulstruktur Münsters bedeutet schließlich auch folgendes: In der Bevölkerung, in den von ehemaligen Schülern der Friedensschule besuchten berufsbildenden Vollzeitschulen und in Wirtschaft und Verwaltung, die Ausbildungsplätze für Absolventen der Frie-

denzschule zur Verfügung stellen, gibt es gewisse Vorstellungen vom Standard einer durch die weiterführenden Schulen erreichten Bildung und Erziehung. Die Friedensschule war deshalb von Anfang an darauf angewiesen, diesen Standard zu erreichen, wollte sie ihren Schülern faire Lebenschancen sichern.

Relativ günstige Versorgung mit guten Lehrern

Münster ist — auch dies stellt eine wichtige Vorgabe durch die Standortwahl dar — eine von Lehrern sehr bevorzugte Stadt. Es war deshalb wahrscheinlich, daß sich viele Lehrer um Stellen an der Friedensschule bewerben würden. Diese Wahrscheinlichkeit hatte die Schulplaner vor allem bei der Standortwahl gelenkt; denn es war vorzusehen, daß das erste Jahrzehnt der Friedensschule ein solches extremen Lehrermangels sein würde. Für die daraus entstehenden Belastungen jeder Schule und jedes Schulversuchs war die Friedensschule deshalb besonders anfällig, weil bei manchen Lehrergruppen Abneigung gegenüber dem Dienst an Gesamtschulen bestand und weil die Schule als private Ersatzschule nicht auf dem Wege der Versetzung oder Zuweisung durch die Schulaufsichtsbehörde versorgt werden konnte. Die Wahl Münsters als Schulstandort hat tatsächlich zu einem Zufluß von freiwillig kommenden Bewerbern geführt, der an anderen Orten nicht zu erreichen gewesen wäre. Etwa dreibis viermal mehr Bewerber, als Stellen vorhanden waren, meldeten sich mit unterschiedlicher Verbindlichkeit. Dies bedeutet allerdings nicht, daß der Unterrichtsbedarf in jeder Hinsicht zu decken war. Legte man bei der Einstellung Wert auf pädagogische Fähigkeiten, Erfahrung, passende Lehrerlaufbahn, passende Unterrichtsfächer, gesundheitliche Eignung zum anstrengenden Dienst und Übereinstimmung mit den Erziehungszielen, auf die sich Elternschaft und Schulträger gegenseitig vertraglich verpflichtet hatten, so konnte auch aus einer großen Bewerberzahl der Stellenplan niemals im erwünschten Umfang gedeckt werden: Bis zu 10% der Stellen waren nicht in geeigneter Wei-

se zu besetzen; betroffen waren vor allem die Mangelfächer der Naturwissenschaften und Künste. Wenn dies auch dem im allgemeinen Schulwesen durchschnittlich viel höheren Lehrermangel gegenüber eine relativ günstige Mangellage war, so behinderte sie doch recht entscheidend eine ganze Reihe von Reformvorhaben. Angesichts der an sich aus pädagogischen Gründen und zur Durchführung des Schulversuchs notwendigen Kontinuität des Lehrereinsatzes und angesichts der besonderen Probleme, die eine Ganztagschule bei Unterrichtsausfall bekommt, stellte die Wünsche offenlassende Lehrerversorgung während der gesamten Versuchsphase eine Belastung dar. Doch wäre diese an einem anderen Standort im Bereich des Schulträgers bestimmt noch größer gewesen.

Bei der Wahl Münsters als Standort mußte allerdings auch ein Nachteil in Kauf genommen werden: Bisweilen war bei einem Bewerber nicht zu erkennen, ob er um jeden Preis nach Münster kommen wollte und dabei die Friedensschule nur als Mittel zum Zweck ansah oder ob er an der Arbeit an einer katholischen Gesamtschule in Ganztagsform interessiert war, was ja eine Option für den Arbeitsort Münster gewiß nicht auszuschließen brauchte.

4. Bildungspolitisches und pädagogisches Klima

Zu den Vorgaben, die im Jahrzehnt der Existenz der Friedensschule und in den zwei Jahren ihrer zuvor laufenden Planung von Bedeutung waren, gehört auch das allgemeine pädagogische, vor allem das bildungspolitische Klima.

Der Zeitabschnitt war anfangs durch einen entschiedenen Reformwillen gekennzeichnet, dessen Tendenzen sich vor allem in den Empfehlungen der am 15.2.1966 berufenen Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates niederschlugen. Unter ihnen spielt in unserem Zusammenhang die Empfehlung zur „Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen“ von 1969 eine hervorragende Rolle. Sie markierte einen vom Konsens der wichtigsten bildungspolitischen Kräfte getragenen Aus-

gangspunkt der Entwicklung. Von nicht minderer Bedeutung aber waren die Übernahme der Resultate der modernen Begabungsforschung in diesen Konsens⁹ und die systematische Entfaltung des bildungspolitischen Kontextes im „Strukturplan für das Bildungswesen“ von 1970. Der Deutsche Bildungsrat war ein Instrument der wissenschaftlich verantworteten Politikerberatung im Bereich von Bildung und Erziehung; er war kein Instrument der Exekutive. Hierin lag seine Stärke, aber auch seine Schwäche, wie sich bald zeigen sollte. Denn als der Bund und die Länder ein exekutives Instrument in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung schaffen wollten, zerbrach der zunächst bestehende Konsens. Bereits im Zwischenbericht der Kommission über den Bildungsgesamtplan und ein Bildungsbudget von 1971 erklärten der Bund und sechs Länder: „Die genannten Ziele und Prinzipien¹⁰ bedingen die Organisationsform der Gesamtschule“, während fünf Länder eine Konzeption vertraten, „die das Ziel verfolgt, erst nach Schulversuchen die organisatorischen und inhaltlichen Konsequenzen zu ziehen“¹¹. Dieser Zwiespalt blieb auch im Bildungsgesamtplan von 1973 erhalten¹².

Zur gleichen Zeit wird bereits die Situation mit „Scheitern aller Reformansätze“ umschrieben¹³. Es beginnt sich hemmend auszuwirken, daß die Volkswirtschaft den Reformaufwand nicht mehr zu tragen vermag. Im Zusammenspiel mit diesem Erlahmen der Wirtschaftskraft bringt die

⁹ H. Roth, Begabung und Lernen. Ergebnisse und Folgerungen neuer Forschungen. Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien der Bildungskommission Bd. 4, Stuttgart 1970.

¹⁰ Gemeint waren: Sicherung einer allgemeinen gemeinschaftsorientierten Grundbildung für alle, Vermeidung vorzeitiger Festlegung auf bestimmte Bildungsgänge und Berücksichtigung der Neigung und der Befähigung des einzelnen unter Beibehaltung eines verpflichtenden Kernbereiches gemeinsamer Inhalte.

¹¹ Zwischenbericht der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung an die Regierungschefs des Bundes und der Länder über den Bildungsgesamtplan und ein Bildungsbudget, Bd. I, Bonn 1971.

¹² Bund-Länder-Kommission für Bildungsgesamtplanung, Bildungsplan, Bd. I, Stuttgart 1974.

¹³ G. Hofmann, Politisierte Bildungspolitik, in: betriebl. Erziehung, Heft 1, 1972, Seite 9. Schon 1970 war wegen der erwarteten Schwierigkeiten, die Bildungsreform zu finanzieren, der Berliner Schulsenator Carl-Heinz Evers zurückgetreten.

Vermehrung weiterführender Abschlüsse eine Verknappung der Ausbildungsplätze sowie der Studienplätze. In den gleichen Jahren schafft der Geburtenrückgang eine Situation, die eine weitere Expansion des Schulwesens als unsinnig erscheinen läßt.

Das alles bedeutet für Gesamtschulversuche: Sie sind schwerer zu finanzieren, sie müssen sich stärker an den Abnehmerwünschen von Wirtschaft und Wissenschaft orientieren, sie kommen unter stärkeren Konkurrenzdruck der sich für die verbleibenden Schülerzahlen interessierenden Schulen des gegliederten Systems.

Fortgesetztes Interesse an Gesamtschule

Bei alledem kann man doch nicht sagen, daß die große Aufmerksamkeit nachläßt, die der Gesamtschule in der pädagogischen Provinz zugewandt wird. In allen Jahren, über die hier berichtet wird, geht die Diskussion um die Gesamtschule in der pädagogisch interessierten Öffentlichkeit weiter. Das bedeutet für die Gesamtschule eine Belastung durch den unablässigen Zwang zur Rechtfertigung der eigenen Existenz, die nicht als selbstverständlich erschien. Es gab nicht nur eine erwünschte kritische Diskussion, sondern auch Vorurteile in der Form von Lobhudeleien prophetischer Gesamtschulfreunde und Vorurteile in der Form von gehässigen Bemerkungen der Gesamtschulfeinde. Der große Aufmerksamkeitsgrad entband selbstverständlich auch besondere Kräfte. Das führte zu einer Scheidung der Geister, bei der einige für alle Zeiten der Gesamtschulidee oder doch der Gesamtschulwirklichkeit abschworen, während sich auch Lehrer, Schüler und Eltern in überdurchschnittlichem Maße mit der Friedensschule und ihrem Gesamtschulversuch identifizierten.

Das pädagogische Klima war im Berichtszeitraum für die Gesamtschule nicht nur durch einen hohen Aufmerksamkeitsgrad gekennzeichnet, sondern auch dadurch, daß gleichzeitig mit den durch die Zielvorgaben zunächst ausgelösten organisatorischen Veränderungen eingreifende inhaltliche Veränderungen in Unterricht und Erziehung eintraten. Bekanntlich betraf diese Auseinandersetzung erstens die neuen Verfah-

ren zur Konstruktion eines Curriculums, zweitens eine besondere Aufmerksamkeit für Voraussetzungen beim Schüler, für Lernziele, für Verfahren der Vermittlung und für Verfahren der Überprüfung, drittens neue Inhalte und Lernziele in allen Unterrichtsbereichen der Schule. Die Friedensschule — als Gesamtschule nicht in der Lage, die vorhandenen Richtlinien und Lehrmittel des gegliederten Schulwesens ohne weiteres zu übernehmen — sah sich unter dem Einfluß der hier geschilderten Diskussion zur eigenen Produktion von Curricula veranlaßt. Das bedeutete erstens eine überaus große Anforderung an das Kollegium, zweitens Unsicherheit hinsichtlich des durchzuführenden Unterrichts und drittens manche Fehlentwicklungen, wie sie bei einer so neuen, einschneidenden, eilig zu vollziehenden und mit nur geringen Kräften durchzuführenden Reform unvermeidbar waren. Die Neubestimmung der Curricula war aber nicht allein ein Problem der Gesamtschule. Auch im dreigliedrigen Schulsystem wurden Stundentafeln, Richtlinien und Lehrpläne überarbeitet, so daß man in bezug auf die Unterrichtsinhalte auf eine zunehmende Konvergenz der Schulformen hoffen durfte. Daß die Entwicklung neuer Curricula in der öffentlichen Gesamtschule die Differenz zum bestehenden Schulwesen aber eher vergrößerte, lag an der Forderung nach einer grundsätzlich gesellschaftspolitisch bestimmten Ausrichtung des Unterrichts in einer Gesamtschule.

Im inneren Schulbetrieb aber verzehrte eine Einzelfrage fast noch mehr Kräfte: Nach welchen Kriterien und nach welchem System sollten die in der Schule erbrachten Leistungen bewertet werden? Insbesondere wurde um die Forderung gerungen, die Lernziele zu operationalisieren, gemäß den verschiedenen Graden dieser Lernziele und der Erreichung der Lernziele die Bewertung zu stufen und diese Bewertung auf nichts anderes als auf die Erreichung der Lernziele zu gründen. Dieser Forderung, so nachdrücklich sie in manchen Phasen der Entwicklung vorgetragen worden war, konnte die Schule nicht entsprechen.

Wandlungen in der Erziehungssituation

Auch die Erziehungssituation aller Schulen geriet ungefähr gleichzeitig mit der Gründung der Friedensschule in eine durchgreifende Umwandlung. Stichworte wie anti-autoritäre Erziehung, Alternativschulen, Konfliktpädagogik, emanzipatorische Pädagogik sind hier in Erinnerung zu bringen. Solche Ziele wurden für manche Gesamtschule zu Strukturprinzipien, mit deren Hilfe man neue Menschen aus den Schülern zu formen hoffte. Der jeweils auch gute Sinn der neuen Ansätze war allerdings nur schwer zur Wirkung zu bringen in einer Schulform, der es noch an allen tragenden Selbstverständlichkeiten im Erziehungsverfahren fehlte, von denen man allenfalls eine Ablösung hätte suchen können. An der Friedensschule war ein im Durchschnitt junges und noch wenig erfahrenes Kollegium zwar zu Neuerungen besonders bereit, verfügte aber in manchen Fällen noch nicht über jenes Eigen-gewicht schon gelungener Erziehungsvoll-züge, an denen sich Neuerungen zwanglos hätten messen und reiben können. Auch in der Elternschaft waren bei manchen Kenntnisse von den Idealen einer neuen Erziehung verbreitet, während andere Eltern ratlos vor der erzieherischen Zurück-haltung mancher Lehrer standen. So war eine gemeinsame Linie zwischen Elternhaus und Schule in Erziehungsfragen nur schwer zu finden. In eigens durchgeführten Veranstaltungen und in entsprechenden Veröffentlichungen suchte die Friedensschule dieses Problem zu beherrschen¹⁴.

Überblickt man alle hier aufgeführten Gesichtspunkte, so mag mancher Leser mehr gefunden haben, als er suchte, aber auch weniger, als er erwartet hat. Man möge auch diese Abweichung von Erwartungen als einen Hinweis darauf verstehen, daß wir mit einer Schule in freier Trägerschaft auch manche eigenständigen Erfahrungen gesucht haben, denen gegenüber es im Hintergrund bleibt, daß nach Ausweis der Be-währung in Studium und Beruf die Frie-14 A. Regenbrecht — J. Dikow — A. Alder (Hrsg.) Elterninformation an einer Gesamtschule. Ganztagschule, Erziehungsstil, Leistung, Münster o. J. (1974); J. Dikow, Erziehungsstile von Elternhaus und Schule = Friedensschule — Eltern-information Heft B, Münster 1976.

denschüler zu anerkannten Leistungen gebracht wurden, daß die Schüler sich über Grenzen von Herkunft und Begabung hinweg gut verstanden oder daß die Kosten, überschlägig gesprochen, um 10% über denen eines vergleichbaren Schulangebots im gegliederten Schulwesen liegen. Zu allen solchen und weiteren Einzelfragen sei nochmals auf „10 Jahre Friedensschule“ verwiesen¹⁵. Das Gesamtergebnis aber möchten wir zusammenfassen, indem wir den verstorbenen Bischof mit seinem Vorwort aus dem Berichtband zitieren:

„Die Friedensschule konnte für viele ihrer Schüler zur erfolgreichen Stätte von Erziehung und Bildung werden. Sie bildet in unserem Schulsystem ein sinnvolles zusätzliches Angebot für Eltern und Schüler. Diese Gesamtschule versetzte das Bistum in die Lage, sachverständig an der Schulreformdiskussion des letzten Jahrzehnts teilzunehmen und auf sie einzuwirken...“¹⁶

Praxis

Bernhard Liss

Der Christ und die Sexualität

Eine Gesprächshilfe, besonders für den Dialog mit jungen Menschen

Der folgende „Briefwechsel“ zwischen einer Frau und einem Familienseelsorger versucht, beispielhaft ein Gespräch über die verschiedensten Fragen einer christlichen Einstellung zur Sexualität zu führen. Den Hintergrund dieser Aussagen bildet ein „Text der Pastoralcommission Österreichs für die Seelsorger, Pfarrgemeinderäte und Apostolatgruppen“, der mit Zustimmung der Österreichischen Bischofskonferenz im November 1979 veröffentlicht wurde. red*

¹⁵ Vgl. Anm. 1.

¹⁶ A.a.O. 7.

* Der zwölfseitige PKÖ-Text kann in den Pastoralämtern der deutschsprachigen Diözesen oder im Österreichischen Pastoralinstitut (A-1010 Wien, Stephansplatz 3) bestellt werden. Im fingierten Briefwechsel kommen allerdings alle Themen zur Sprache, die im PKÖ-Text behandelt werden.